

deutsdiland in gewissem Maße als Besatzungstruppen angesprochen werden können, der Bundestag selbst erklärt hatte, daß es keine Besatzungsmächte mehr gäbe. Der Vorschlag ist so zu verstehen, daß die NATO versucht, unter der Maske eines Viermächteausschusses mit einem Stimmenverhältnis 3 : 1 die NATO-Basis bis an die Oder vorzuschieben. Das ist aber kein Vorschlag zur Wiedervereinigung Deutschlands, sondern zur Organisierung des Krieges. Es kann doch nur als ein lächerlicher Versuch bezeichnet werden, durch solche Vorschläge das Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt zugunsten der USA und ihrer NATO zu verändern. Offenkundig ist eine noch stärkere Entfaltung der Volksbewegung gegen den Atomtod in Westdeutschland und Westeuropa notwendig, um die herrschenden politischen Kreise in Westdeutschland zu einer realeren Einschätzung der Lage und des Kräfteverhältnisses zu bringen. Jedem, der die deutsche Sprache kennt, sollte verständlich sein, daß das Wort „Wiedervereinigung“ einschließt, daß sich die bestehenden Kräfte in Deutschland, die in zwei Staaten organisiert sind, verständigen müssen. Nur die Deutschen selbst können diese Aufgabe lösen.

Bei einer realen Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses und der Entwicklung in den beiden deutschen Staaten kommt man zu der Schlußfolgerung, daß die Zeit heranreift, daß sich die Vertreter der Regierungen der westdeutschen Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik auf der Basis der Gleichberechtigung am runden Tisch treffen. Wir haben keine Vorbedingungen für Verhandlungen gestellt. *Es wäre klug, wenn die Bonner Politiker ihre unerfüllbaren und unannehmbaren Forderungen in Vergessenheit geraten ließen und sich auf diese Weise auf die künftigen Verhandlungen vorbereiten.* Die verschiedenen Besprechungen zwischen offiziellen Beauftragten von Ministern beider Regierungen zeigen, daß man sich schon langsam mit dem Gedanken an solche Verhandlungen vertraut macht.

Wir haben erklärt und erklären auch heute, daß wir an einer Annäherung der beiden deutschen Staaten interessiert sind. Wir wünschen, daß die Bürgerbeider deutscher Staaten entsprechend den Gesetzen normale Beziehungen hersteilen können, damit sie ihre Angehörigen, Freunde usw. besuchen können. Das setzt allerdings voraus, daß der Verkehr zwischen der Bevölkerung beider deutscher Staaten nicht zum Schaden und Nachteil eines dieser Staaten mißbraucht